

Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost: unterschiedliche Ziele seit dem Jahr 2011

Mattes, Hanspeter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mattes, H. (2014). *Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost: unterschiedliche Ziele seit dem Jahr 2011*. (GIGA Focus Nahost, 7). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-405514>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost: Unterschiedliche Ziele seit dem Jahr 2011

Hanspeter Mattes

Vom 1. bis 2. Oktober 2014 fand in Amman der Gründungskongress der Föderation Arabischer Gewerkschaften (FAG) statt, in dem sich unter der Ägide des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) 15 demokratisch ausgerichtete Gewerkschaften aus Nordafrika und Nahost zusammenschlossen.

Analyse

Die Gewerkschaften zählen zu den ältesten (Massen-)Organisationen in Nordafrika und Nahost. Ihre Gründungsgeschichte weist bis in die Kolonial- und Mandatszeit zurück. Zugleich haben sie einen engen Bezug zu nationalistischen Bewegungen und waren maßgeblich an den Unabhängigkeitsprozessen beteiligt. In den postkolonialen autoritären Systemen verloren sie indes schnell ihre Autonomie. Nach einzelnen Versuchen, diese politische Abhängigkeit abzuschütteln, eröffneten erst die im Jahr 2011 in einigen nordafrikanischen Staaten eingeleiteten Umbrüche neue Handlungsoptionen.

- Die klassischen, regimenahen arabischen Einheitsgewerkschaften kamen vor dem Jahr 2011 ihren Syndikatsaufgaben – Schutz der Arbeiterinteressen, Sicherung eines angemessenen Lebensunterhalts etc. – nur unzureichend nach und wurden deshalb zunehmend durch autonome Gewerkschaften herausgefordert, denen allerdings vom Staat die Legalisierung verweigert wurde.
- Seit den Umbrüchen im Jahr 2011 haben einige Gewerkschaften den Kampf für den Schutz der Arbeitnehmerinteressen wiederbelebt; ihre Mitgliederzahl hat sich dadurch erhöht und die Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften intensiviert.
- Sie treten dabei auch als politische Akteure auf, die auf die nationalen Transformationsprozesse gestaltend Einfluss nehmen. Diese Neupositionierung ist allerdings von Land zu Land und je nach Regimenähe sehr unterschiedlich ausgeprägt.
- Die erweiterten politischen Handlungsspielräume haben zur Gründung neuer Gewerkschaften, auch solcher mit islamistischer Ausrichtung, geführt. Die sich demokratisch (und säkular) verstehenden Gewerkschaften gründeten ihrerseits die FAG und grenzen sich damit explizit von regimenahen und islamistischen Gewerkschaften ab.

Schlagwörter: Gewerkschaften, Unabhängige Gewerkschaften, FAG, Demokratie

Die historische Rolle der Gewerkschaften im arabischen Raum

Die Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost zählen zu den ältesten Massenorganisationen in der Region. Konkreter Anlass für die Gründung der modernen Gewerkschaften waren vor allem politische und externe Faktoren. So ist die erste Phase syndikalistischer Organisation seit Anfang des 20. Jahrhunderts eng mit der Ausbreitung von Gewerkschaften in den Kolonien verbunden, wo französische, britische und italienische Muttergewerkschaften Zweige in Marokko, Algerien, Libyen, Ägypten und Syrien gründeten. Die Emanzipation von den kolonialen Tochtergewerkschaften, die ihre eigenen Interessen verfolgten, und die Gründung rein autochthoner Gewerkschaften setzte zeitlich verzögert in den 1920er und 1930er Jahren ein (z.B. 1920 in Tunesien, 1935 in Libyen, 1936 in Marokko).¹ Diese Gewerkschaften bestanden aber nicht lange, weil nach dem Zweiten Weltkrieg und mit dem beginnenden Dekolonisierungsprozess eine neue Phase der Gewerkschaftsarbeit anbrach. Diese Phase wurde durch die Neugründung von nationalen Gewerkschaften gekennzeichnet, die zwar auch Selbsthilfeorganisationen zur Wahrung der Mitgliederinteressen, in erster Linie aber Teil des Unabhängigkeitskampfes und durch politisches Engagement geprägt waren.² Diese spezielle Konstellation führte in der postkolonialen Phase zu einer engen Verzahnung von Staatsführung und Gewerkschaften und machte sie zu Instrumenten der nationalen Politik, die sich auch darin zeigte, dass Gewerkschaftsfunktionäre in hohe Regierungsfunktionen berufen wurden. Eine Folge der Einbindung der Gewerkschaften in den Unabhängigkeitskampf war aber auch die Ablehnung von gewerkschaftlichem Pluralismus aus Angst vor übergreifenden Spaltungstendenzen und Fragmentierung sowie der Schwächung des nationalen Kampfes gegen Unterentwicklung. Vor allem in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren dominierten folglich Einheitsgewerkschaften, die eng mit den Einheitsparteien oder dominanten Regierungsparteien kooperierten und häufig als Instrumente der staatlichen Mobilisierung dienten.

¹ Eine frühe Ausnahme bildete Ägypten, wo bereits im Jahr 1908 Tabakarbeiter das erste Syndikat gründeten.

² Exemplarisches Beispiel ist die Union Générale des Travailleurs Tunisiens (UGTT), die 1946 von Ferhat Hached gegründet wurde; Hached wurde 1952 von der französischen Terrororganisation Main Rouge ermordet.

Gewerkschaften zwischen Regime- und Arbeiterinteressen

Die den Gewerkschaften von der politischen Führung zugewiesene Rolle war nicht die Auseinandersetzung mit dem in vielen Staaten dominierenden und ineffizienten Staatssektor und die kollektive Vertretung von Arbeiterinteressen, also das Aushandeln von Lohnstarifen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten, sondern die Steigerung der Produktionskraft und die Unterstützung der propagierten nationalistischen „Entwicklungsrevolutionen“. Eine Folge dieser Aufgabenstellung war das gesetzliche Verbot von Streiks in vielen Staaten, das in manchen Ländern wie den Golfstaaten bis heute gilt.

Bis zum Jahr 2011 war in allen nahöstlichen und nordafrikanischen Staaten für die Arbeit der Gewerkschaften folglich der Grad ihrer Integration bzw. Autonomie gegenüber dem Regime von entscheidender Bedeutung. Je integrierter die Gewerkschaften in das politische System waren, je mehr sie Teil der Bürokratie wurden, desto weniger vertraten sie reine Arbeitnehmerinteressen. Die enge Regimeeinbindung hatte deutlich negative Auswirkungen auf die Attraktivität der Gewerkschaften als Vertretungsorgan von Arbeiterinteressen. Aus Unzufriedenheit über die vorherrschende Regimenähe und Servilität der Gewerkschaftsführung gründeten sich in Ägypten, vor allem aber in Algerien ab den 1990er Jahren unabhängige Gewerkschaften (Syndicats autonomes) außerhalb des Gewerkschaftsbundes UGTA, die sich ausschließlich um Arbeitnehmerinteressen kümmerten und vom Staat nicht legalisiert wurden; in anderen Staaten spalteten sich Teile von den Einheitsgewerkschaften ab. Die Regime reagierten auf diese Autonomisierungsbestrebungen gewerkschaftlicher Arbeit und die Rückbesinnung auf den Kern des Syndikatsgedankens allerdings umgehend mit politischer Repression. Über die staatlichen Schikanen gegenüber den Gewerkschaftern informiert seit Jahren kontinuierlich und detailliert der Rechtsindex des IGB.³

Neue Handlungsoptionen seit dem Jahr 2011

Die politischen Umbrüche, die im Dezember 2010 mit den sozialen Protesten in Tunesien ihren

³ Vgl. online: <<http://survey.ituc-csi.org/?lang=de>>.

Anfang nahmen und sich im Jahr 2011 auf die meisten Staaten in Nordafrika und Nahost ausweiteten, haben sich in vielen Staaten die politischen Handlungsspielräume deutlich erweitert, auch wenn es in Syrien, Libyen und in Ägypten mit der Eskalation der bewaffneten Konflikte bzw. in Ägypten unter dem islamistischen Präsident Mursi und verstärkt nach seinem Sturz im Juli 2013 durch das Militär, zu gegenläufigen Entwicklungen kam.

Die politischen Umbrüche setzten nicht nur Transformations- und Reformprozesse in Gang, an denen sich die bestehenden Gewerkschaften – wenngleich in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg⁴ – beteiligten, sondern ermöglichten auch die schnelle Legalisierung neuer bzw. bislang nur geduldeter unabhängiger Gewerkschaften.⁵ Dadurch hat sich nicht nur deren absolute Anzahl erhöht, sondern auch ihr Erscheinungsbild ist insgesamt fragmentiert. Zugleich schufen die Öffnungsprozesse insbesondere in Tunesien und Ägypten neue Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Arbeit an sich. Da sich vor allem in Tunesien und Ägypten die makroökonomische Lage unter anderem wegen ausbleibender Touristen, rückläufigen ausländischen Direktinvestitionen und streikbedingten Produktionsausfällen verschlechterte, waren die etablierten Gewerkschaften einem verstärkten Handlungsdruck ausgesetzt, wollten sie nicht weitere Mitglieder an die unabhängigen Gewerkschaften verlieren: Die Gewerkschaftsmitglieder setzten deshalb ihre Führungen erheblich unter Druck, sich für ihre Interessen massiver als bislang einzusetzen und insbesondere die Einkommen angesichts der Kaufkraftverluste auszugleichen. Dieser Druck der gewerkschaftlichen Basis ist seit dem Jahr 2011 von Mauretanien über Marokko, Algerien, Tunesien bis nach Ägypten, Jordanien und Libanon zu spüren. Allerdings unterscheidet sich die jeweilige Neupositionierung bei der schärferen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen von Gewerkschaft zu Gewerkschaft und von Land zu Land. Einige Länderfallbeispiele aus Nordafrika sollen die unterschiedlichen politischen und arbeitnehmerfreundlichen Interessen der Gewerkschaften verdeutlichen.

Tunesien

Von allen Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost hat der tunesische Gewerkschaftsbund Union Générale de Travailleurs Tunisiens (UGTT) seit Beginn der politischen Umbrüche die herausragendste und politisch einflussreichste Rolle gespielt (Kübler 2013; Bishara 2014), was ihm im Mai 2014 den Vorschlag als Kandidat für den Friedensnobelpreis einbrachte. Die im Januar 1946 gegründete UGTT stand bereits seit Erlangung der Unabhängigkeit in einem permanenten Spannungsverhältnis zur politischen Führung unter Präsident Bourguiba (1957-1987) bzw. Ben Ali (1987-2011). Je offensiver die Gewerkschaftsführung die von der Basis eingeforderte Durchsetzung der Arbeiterinteressen öffentlich einforderte und mit Streiks vertrat, desto stärker wurde sie zur Zielscheibe politischer Repression und direkter Eingriffe des Regimes, das auf die Zusammensetzung der UGTT-Führung Einfluss nahm (Cavallo 2008; Kraiem 2014). Die im Dezember 2010 in Sidi Bouzid ausbrechenden soziopolitisch motivierten Proteste fanden deshalb schnell die Unterstützung der Gewerkschafter an der Basis, die dank ihrer regionalen Organisationsstrukturen einen wesentlichen Anteil an der landesweiten Ausbreitung der Proteste hatten, während sich die Führung unter Generalsekretär Abdessalam Jrad zunächst zögerlich verhielt. Das breite Engagement der Gewerkschaftsbasis und der regionalen UGTT-Strukturen zugunsten des Machtwechsels führte nach der Ausreise Präsident Ben Alis und dem Zusammenbruch des alten Regimes am 14.1.2011 dazu, dass die UGTT⁶ unter ihrem neuen Generalsekretär Houcine Abassi (Wahl anlässlich des UGTT-Kongresses, Tabarka, 25.-28.12.2011) ein aktiver Teil des Transformationsprozesses wurde. Sie nahm dabei auch die als notwendig erkannte Reform der internen Strukturen in Angriff, die sich bis dahin unter anderem durch die extreme Marginalisierung von Frauen und jüngeren Gewerkschaftern auszeichneten. In Folge der neuen Handlungsspielräume schieden Mitglieder, die mit dem Kurs der Gewerkschaftsführung nicht einverstanden waren, aus der UGTT aus und gründeten mit anderen Arbeitern zusammen neue Gewerkschaften: Im August 2011 gründete so der ehemalige UGTT-Generalsekretär Ismail Sahbani die im Transportsektor starke Union des

4 Am geringsten war der politische Erfolg in Bahrain, wo die von der General Federation of Workers Trade Unions in Bahrain unterstützte Protestbewegung von 2011 durch den saudischen Einmarsch niedergeschlagen wurde und die Gewerkschafter massiver Repression ausgesetzt sind; vgl. als Überblick Schmidinger in Friedrich 2013: 27-52.

5 Vgl. *Alternative libertaire*, Paris, 3.4.2012 (Maghreb ouvrier: La percée du syndicalisme autonome).

6 Vgl. online: <www.ugtt.org> oder <www.ugtt.org.tn>.

Travailleurs Tunisiens (UTT). Bereits im Jahr 2007 begründet, aber erst im Dezember 2011 legalisiert, wurde die Confédération Générale des Travailleurs Tunisiens (CGTT) des Ex-UGTT-Kaders Habib Guiza. Schließlich gründete im August 2011 Lassâd Abid die islamistisch ausgerichtete, der regierenden Ennahda nahestehende Organisation Tunisienne de Travail (OTT). Alle drei Gewerkschaften haben jeweils 20.000-30.000 Mitglieder. Die UGTT ist mit rund 780.000 Mitgliedern, davon allein 200.000 Neueintritte seit dem Jahr 2011, nach wie vor die unbestritten dominierende Gewerkschaft und „verkörpert in der tunesischen Öffentlichkeit die Opposition“ schlechthin (*Le Monde diplomatique*, November 2012).

Die seit ihrem Kongress im Dezember 2011 neuformierte UGTT-Führung, die ein säkulares und demokratisches Staatskonzept vertritt, wurde zentraler Mitorganisator des antiislamistischen Poles in der tunesischen Gesellschaft, der sich gegen den Islamisierungskurs der Regierungspartei Ennahda richtet. Auf die teilweise mit Massendemonstrationen und Streiks unterstützten Forderungen reagierte Ennahda mit dem klassischen Versuch, die UGTT einzuschüchtern (etwa durch einen Angriff von Islamisten auf den UGTT-Sitz in Tunis am 4.12.2012), administrativ zu schikanieren und zu verleumden („Die UGTT-Streiks unterminieren die Volkswirtschaft!“) und durch Förderung der Konkurrenten zu schwächen (Kraiem 2014). Im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Oktober 2014 rief die UGTT folglich die Wähler dazu auf, nicht für „jene zu stimmen, die für die Aggression des 4. Dezember verantwortlich sind“ und „die den Terrorismus fördern“.

Trotz der starken Involvierung in den politischen Transformationsprozess hat die UGTT weder ihre eigentliche Aufgabe des „Schutzes der Arbeitnehmerinteressen“ noch die interne Restrukturierung vergessen. Die UGTT hat sich seit dem Jahr 2011, auch mit Streiks, für Lohnsteigerungen eingesetzt und plädierte zuletzt im September 2014 für rasche Verhandlungen mit der Regierung von Ministerpräsident Mehdi Jomaa zur Verbesserung der Gehälter und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Die interne Umstrukturierung und Demokratisierung der UGTT, die auf dem Kongress im Jahr 2011 beschlossen wurde, nahm (auch Dank der Hilfe der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung) im Jahr 2013 mit der Beratung in den 24 UGTT-Regionalzweigen

sowie über 40 Branchengewerkschaften und der Ausformulierung einer Reformstrategie Fahrt auf. Der Exekutivrat soll im Dezember 2014 den Startschuss für die vier Reformachsen geben: Verschlankung, Anpassung an neue Arbeitsbereiche, ein Quotensystem für Frauen in Führungspositionen und eine stärkere Integration der Arbeiterjugend in Entscheidungsprozesse. Dies würde die UGTT zu einer der profiliertesten demokratischen Massenorganisationen Tunesiens machen.

Ägypten

Der Machtwechsel in Ägypten im Januar 2011, an dem sich Gewerkschaftsmitglieder vor allem in den Industriezonen entlang des Nils massiv beteiligt hatten, weckte bei den Gewerkschaften zunächst große Hoffnungen, nunmehr unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen die langjährigen Forderungen nach sozialen Verbesserungen zügig durchsetzen zu können (CIEP 2012; Bishara 2014). Dies war unter Präsident Mubarak wie auch seinen Vorgängern Sadat und Nasser nicht durchzusetzen, weil die im Jahr 1957 gegründete offizielle und zumindest an der Spitze regimenahe Egyptian Trade Union Federation (ETUF) mit ihren rund 2,5 Millionen Mitgliedern das gewerkschaftliche Aushängeschild des Staates war. Es waren folglich nur die außerhalb der ETUF aktiven, nicht legalisierten unabhängigen Gewerkschaften, das Center for Trade Union and Worker Services unter seinem Generalsekretär Kamal Abbas sowie die zivilgesellschaftlichen und von unzufriedenen Gewerkschaftsmitgliedern unterstützten breiten Protestbewegungen wie die 6. April-Bewegung und die Kifaya-Bewegung, die aus der Illegalität heraus seit den 1990er Jahren für wirtschaftliche und politische Reformen kämpften. Höhepunkte dieser Proteste waren die Streikbewegungen in Mahalla al-Kubra in den Jahren 2006 und 2008 (Abdalla 2012, 2014).

Nach dem Machtwechsel am 25.1.2011 pluralisierte sich die Gewerkschaftsbewegung weiter, weil sich schnell Dutzende von Betriebsgewerkschaften und rund 130 neue unabhängige, autonome Gewerkschaften gründeten, von denen sich zahlreiche am 30.1.2011 auf dem Tahrir-Platz in der Egyptian Federation for Independent Trade Unions (EFITU) zusammenschlossen. Der offizielle Gründungskongress folgte ein Jahr später am

29.1.2012.⁷ Die EFITU forderte unter anderem die Anhebung des Mindestlohns auf 1.500 EGP, die Abschaffung der Gesetze, die Streiks kriminalisieren, und die Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz gewerkschaftlicher Freiheiten. Obwohl der Präsident der EFITU, der Gewerkschafter Kamal Abu Eita, kurzzeitig als Arbeitsminister fungierte, spürte die Gewerkschaftsbewegung insgesamt nach dem Sturz Mubaraks schnell von Seiten des Höchsten Militärrats bzw. unter dem seit dem 8.6.2014 amtierenden Präsidenten Abd al-Fattah Sisi politischen Gegenwind. Gewerkschaftliche Aktivitäten und Streiks, die oftmals auch politische Forderungen einschlossen, wurden nun wie zu Präsident Mubaraks Zeiten zunehmend behindert und gewerkschaftliche Freiheiten durch die Sicherheitsorgane beschnitten. Im Oktober 2012 schlossen sich deshalb die zuvor verfeindeten EFITU und EDLC zur National Front for the Defense of Labor Rights and Union Liberties zusammen, um gemeinsam für die Abschaffung des restriktiven Gewerkschaftsgesetzes aus dem Jahr 1976 und eine Erhöhung des Mindestlohnes sowie gegen die Einschränkung der Gewerkschaftsrechte und staatlich geduldete Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen zu kämpfen. Große Erfolge blieben jedoch bislang aus, zumal die demokratisch ausgerichteten Gewerkschafter eng mit jenen gesellschaftlichen Gruppen kooperieren, die gegen die Rückkehr zu autoritären Strukturen des Regimes kämpfen, was staatliche Repression herausfordert und die gewerkschaftliche Arbeit schwächt.⁸

Marokko

Die Geschichte der marokkanischen Gewerkschaftsbewegung reicht bis in die Kolonialzeit zurück, wo sich am 20.3.1955 die Union Marocaine du Travail (UMT) als traditionsreichste und derzeit mit rund 700.000 Mitgliedern größte Gewerkschaft Marokkos gegründet hatte. Kennzeichen der Gewerkschaften in Marokko ist ihre bis heute anhaltende enge Verbindung zu politischen Parteien. So ist seit dem Jahr 1960 die UMT das Gewerkschaftsorgan der linkssozialistischen Union Nationale des Forces Populaires (seit 1974 Union Nationale des Forces

Socialistes, USFP), einer Abspaltung der Parti Istiqlal (PI), die ihrerseits im Jahr 1960 die Union Générale des Travailleurs du Maroc (UGTM) als ihr gewerkschaftliches Organ gründete.⁹ Die im Jahr 1978 gegründete dritte Gewerkschaft Confédération Démocratique du Travail (CDT), eine weitere Abspaltung der UMT, steht gleichfalls der USFP nahe, sammelt aber verstärkt spezifische Sparten wie Lehrer und Minenarbeiter um sich. Während die UMT lange als reformistische bis regierungsoportunistische Gewerkschaft galt, nahmen die UGTM und die CDT angesichts der schwierigen sozialen Lage deutlich stärker die Interessen der Arbeitnehmer wahr, ohne allerdings auf Konfrontationskurs zu König Mohamed VI. (seit 1999) zu gehen. Die politischen Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen im Jahr 2011 hatten vielfache Auswirkungen auf Marokko, von denen die beachtlichste die politische Reaktivierung der Gewerkschaften und ihre dezidierte Forderung nach sozialen Verbesserungen ist.¹⁰ Vor allem jüngere Gewerkschaftsmitglieder beteiligten sich ab dem Jahr 2011 an der neu formierten Protestbewegung des „20. Februar“, während sich die Gewerkschaften als solche in den vom König initiierten Prozess zur Modifizierung der Verfassung einbrachten und damit ihrer Rolle als „politisch verantwortungsvolle“ Organisationen gerecht wurden. Außerdem positionierten sich alle Gewerkschaften mit sozio-ökonomischen Forderungen nach einer Erhöhung des Mindestlohns, Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst und Maßnahmen gegen den Kaufkraftverlust neu, wobei sie besonders seit dem Jahr 2013 zunehmend selbstbewusster auftreten und eine größere Militanz und Streikbereitschaft an den Tag legen. Ihre höhere Militanz ist ein Resultat der nur ungenügenden Reformbereitschaft der von der islamistischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) angeführten Regierung Benkirane, der fehlender Willen zu einem wirklichen sozialen Dialog und repressives Agieren gegen die Gewerkschaften vorgeworfen wird.¹¹ Seit Mai 2014 gibt es deshalb Überlegungen, die Gewerkschaften UMT, CDT und die im Jahr 2004 von ihr abgespaltene Fédération Démocratique

⁷ Bereits im Herbst 2011 kam es wegen Streitigkeiten über zu ergreifende Maßnahmen zur Abspaltung zahlreicher Gewerkschaften, die sich im Egyptian Democratic Labour Congress (EDLC) zusammenschlossen.

⁸ Vgl. *Daily News Egypt*, 8.6.2013 (Egypt blacklist for violating labor rights).

⁹ Der gegenwärtige PI-Generalsekretär Hamid Chabat war zugleich Generalsekretär der UGTM; in dieser Funktion wurde er allerdings am 13.10.2014 durch Mohamed Cherrat abgelöst.

¹⁰ Vgl. *Babelmed*, 25.5.2012 (Le retour du syndicalisme marocain).

¹¹ Vgl. MAP, 30.1.2014 (Un front syndical historique contre Benkirane).

du Travail (FTD) zu einer schlagkräftigen „Mega-Gewerkschaft“ zusammenzuschließen, um die sozialen Anliegen und Arbeiterinteressen besser durchsetzen zu können. Am 29.10.2014 organisierten zudem alle Gewerkschaften gemeinsam einen Generalstreik, den ersten seit vielen Jahren, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die marokkanischen Gewerkschaften sind sichtbar aus ihrem „Dornröschenschlaf“ erwacht.

Algerien

Nur geringe strukturelle Rückwirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung haben hingegen die politischen Umbrüche des Jahres 2011 in Algerien gehabt, wo sich die bereits vorher bestehende Zweiteilung der Gewerkschaftsszene fortsetzte und sich die weitgehend regimeloyale Union Générale des Travailleurs Algériens (UGTA) und sogenannte autonome Gewerkschaften gegenüberstehen. Die UGTA, am 24.2.1956 unter der „Führung und Orientierung“ der Nationalen Befreiungsfront FLN gegründet und bis heute mit rund zwei Millionen Mitgliedern eine der größten Massenorganisationen des Landes, spielte nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 offiziell die Rolle einer Massenorganisation, die das FLN-Programm des „nationalen Aufbaus“ umsetzte und von daher Teil des Regimes war. Nach der politischen Öffnung ab der Verfassungsmodifikation vom 23.2.1989, ihrerseits eine Folge der blutigen Massenproteste vom Oktober 1988 gegen politische Bevormundung und soziale Missstände, definierte sich die UGTA auf ihrem 8. Kongress im Juni 1990 zwar als demokratische und unabhängige Gewerkschaft. Sie setzte aber de facto sowohl während der bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Islamisten in den 1990er Jahren als auch unter Präsident Bouteflika (seit 1999 im Amt) ihren regimenahten Kurs fort. UGTA-Generalsekretär Said Sadi optierte deshalb im April 2014 anlässlich der Präsidentschaftswahl für die Wiederwahl von Bouteflika. Obwohl dieser Kurs längst nicht von allen Gewerkschaftsmitgliedern an der Basis mitgetragen wird, wird Sadi dennoch auf dem 12. UGTA-Kongress im Dezember 2014 mit seiner Mandatsverlängerung rechnen können.

Die Gewerkschaftsmitglieder, die mit der Wahrnehmung ihrer Arbeitnehmerinteressen und der sozialen Lage unzufrieden sind, suchten seit dem im Jahr 1989 verfassungsmäßig anerkan-

ten parteipolitischen und gewerkschaftlichen Pluralismus¹² angesichts der Regimenähe der UGTA-Führung zunehmend andere institutionelle Kanäle für ihre Interessenwahrnehmung. Zwischen den Jahren 2000 und 2010 gründeten sie folglich zahlreiche autonome Gewerkschaften außerhalb des UGTA-Rahmens. Gewerkschaften wie das Syndicat Nationale Autonome des Personnels de l'Administration Publique (SNAPAP) – eine der ersten und schlagkräftigsten von inzwischen über 40 autonomen Gewerkschaften – sind angesichts der wirtschaftlich prekären Lage vieler Arbeiterhaushalte die Speerspitze von gewerkschaftlichem Aktivismus und von Forderungen nach höheren Löhnen und verbesserten Arbeitsbedingungen. Das heißt nicht, dass sich die UGTA nicht auch für Arbeitnehmerinteressen oder wie im Jahr 2014 geschehen für die Reform des Arbeitsgesetzes einschließlich der Neuberechnung des Mindestlohnes einsetzt. Aber ihr fehlt der für deutliche Verbesserungen notwendige Nachdruck inklusive einer Streikbereitschaft.

Diese Bereitschaft zeigen hingegen die autonomen Gewerkschaften, die seit dem Jahr 2011 verstärkt aktiv wurden und auch wegen ihres Aufrufs für einen grundsätzlichen politischen Wechsel Zulauf verzeichneten. Die Regierung ihrerseits geht mit großer Härte gegen die Führer und Aktivitäten der autonomen Gewerkschaften vor, sodass nicht nur der IGB, sondern auch Human Rights Watch mehrfach seit dem Jahr 2013 die gegen die autonomen Gewerkschaften gerichtete Repression öffentlich anprangerten.¹³ Die Regierung zeigt bislang keine Bereitschaft, die autonomen Gewerkschaften in den sozialen Dialog zwischen Regierung, Arbeitgebern und UGTA einzubeziehen.

Der Zusammenschluss demokratischer Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost schlossen sich bereits kurz nach ihrer Gründung in den 1950er Jahren im Jahr 1956 in der International Confederation of Arab Trade Unions (ICATU) mit Hauptquartier in Kairo, ab dem Jahr 1978 in

12 Vgl. zur Regelung des Pluralismus im Gewerkschaftsbereich Gesetz Nr. 90-14 vom 2.6.1990 (Modalités d'exercice du droit syndical).

13 Vgl. Human Rights Watch 2013. Die Repression trifft aber auch alle anderen institutionalisierten Formen politischen Protests wie die im Januar 2011 gegründete Coordination Nationale pour le Changement et la Démocratie.

Damaskus zusammen. In ihr bestimmten die regimetreuen und staatsnahen Einheitsgewerkschaften über viele Jahre den Kurs. Diese Ausrichtung entsprach nach dem Jahr 2011 längst nicht mehr den Erwartungen der Gewerkschafter und Arbeiter. Die derzeit von Generalsekretär Chaabane Azouz geführte ICATU schaffte es allerdings nicht, sich selbst zu erneuern, obwohl es seit dem Jahr 2004 interne Forderungen nach einer Neuaufstellung und inhaltlichen Neuausrichtung gab. Sie blieb, wie auch die letzten Tagungen der ICATU-Führungsgremien im März 2014 in Algier und im August 2014 in Damaskus zeigten, mit Themenkomplexen befasst, die kaum die aktuellen Herausforderungen widerspiegeln.¹⁴

Seit dem Jahr 2013 strebten deshalb 15 unabhängige Gewerkschaften mit demokratischem Anspruch nach innen und gegenüber der Gesellschaft mit Unterstützung des IGB – nach vorbereitenden Treffen in Amman (30.-31.5.2013) und Brüssel (9.-11.10.2013) – die Gründung eines eigenständigen, demokratischen arabischen Gewerkschaftsverbandes innerhalb des IGB an. Hauptaktionsfelder sollen der Kampf für gewerkschaftliche Rechte, politische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit sowie gegen Ungleichheit, Unterdrückung, Ausbeutung und Armut sein. Nach den entsprechenden Vorbereitungen wurde die offizielle Gründung der Föderation Arabischer Gewerkschaften (FAG) auf dem Gründungskongress in Amman (1.-2.10.2014) vollzogen und Houcine Abbassi, der Generalsekretär des tunesischen Gewerkschaftsbundes UGTT und zugleich einer der Hauptinitiatoren der FAG, zum ersten Generalsekretär gewählt.

Der Zusammenschluss von Gewerkschaften mit demokratischem Anspruch und ihre Stärkung durch eine regionale Kooperation kann für die zukünftige politische Entwicklung in Nordafrika und Nahost bedeutsam sein. Dabei können die Gewerkschaften einen genuine Beitrag leisten, indem sie beispielhaft mit geeigneten instituti-
onsinternen Reformschritten vorangehen – von der internen personellen Erneuerung und der demokratischen Legitimierung der Gremien bis zur stärkeren Integration jüngerer Arbeitnehmer und Frauen in den Führungsgremien. Sind diese

Reformen in den eigenen Institutionen vorbildlich umgesetzt, können die Gewerkschaften mit hoher Legitimität vergleichbare gesamtgesellschaftliche Reformen einfordern.

Literatur

Abdalla, Nadine (2014), *Egyptian Labor and State*, Washington, DC: Middle East Institute, online: <www.mei.edu/content/egyptian-labor-and-state-0> (23. Oktober 2014).

Abdalla, Nadine (2012), *Social Protests in Egypt before and after the 25 January Revolution: Perspectives on the Evolution of their Forms and Features*, online: <www.iemed.org/observatori-en/arees-danalisi/arxiu-adjunts/anuari/med.2012/abdalla_en.pdf> (23. Oktober 2014).

Bishara, Dina (2014), *Labor Movements in Tunisia and Egypt: Drivers vs. Objects of Change in Transition from Authoritarian Rule*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, online: <www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C01_bishara.pdf> (23. Oktober 2014).

Cavallo, Delphine (2008), Trade Unions in Tunisia, in: Ellen Lust-Okar und Saloua Zerhouni (Hrsg.), *Political Participation in the Middle East*, Boulder, CO: Lynne Rienner, 239-255.

CIEP (2012), *Printemps arabe: un ans après. Quel bilan tirer de l'action des syndicats lors des printemps arabes et au-delà?*, Brüssel: CIEP.

Friedrich, Wiebke, Christoph H. Schwarz und Sebastian Voigt (Hrsg.) (2013), *Gewerkschaften im demokratischen Prozess: 10 internationale Beiträge*, Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung, darin Beiträge zu Arabischer Welt allgemein (Thomas Schmindinger), Marokko (Stefanie Slaoui-Zirpins), Sudan (Siddig Elzailae), online: <www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_278.pdf> (23. Oktober 2014).

Human Rights Watch (2013), *Algeria – Crackdown on Independent Trade Unions*, online: <www.hrw.org/news/2013/10/06/algeria-crackdown-independent-trade-unions> (23. Oktober 2014).

Kraiem, Mustapha (2014), *La révolution kidnappée*, Tunis: La Maghrébine (zur UGTT bes. 284ff. und 440ff.).

Kübler, Johanne (2013), Gewerkschaften in Tunesien: Wegbereiter des Wandels, in: *Welt-Sichten*, online: <www.welt-sichten.org/artikel/20432/gewerkschaften-tunesien-wegbereiter-des-wandels> (23. Oktober 2014).

¹⁴ Sie behandelte beispielsweise eine mutmaßliche „westliche Verschwörung“ gegen den Arabischen Frühling, die wichtige Rolle von Staatsfirmen sowie die Kritik an Gewerkschaften, die sich außerhalb der ICATU zusammenschließen wollen und damit die „Einheit der Syndikate spalten“.

■ Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist Senior Research Fellow am GIGA Institut für Nahost-Studien mit Sitz am GIGA Berlin Büro. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen: die Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, *soft security*-Probleme in Nordafrika, religiöse Entwicklungen.

E-Mail: <hanspeter.mattes@giga-hamburg.de>, Website: <www://giga-hamburg.de/team/mattes>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Innerhalb des GIGA Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Akteure und ihr Handeln untersucht. Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ stehen im Rahmen des Forschungsteams „Kriegs- und Friedensprozesse“ u.a. innerstaatliche Spannungs- und Kooperationsphasen im Mittelpunkt.

■ Focus-Schwerpunktthema 2014

Innerhalb aller fünf GIGA Focus-Reihen wird im zweiten Halbjahr 2014 aus jeweils regionaler und globaler Sicht das Thema Gewerkschaften und ihre Einflussnahme auf die Gestaltung der politischen und sozioökonomischen Entwicklungen behandelt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2014), *Gewerkschaften und Arbeitsmärkte in Entwicklungsländern*, GIGA Focus Global, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

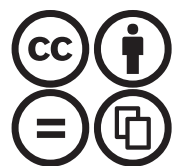
Mattes, Hanspeter (1988), Massenorganisationen, in: Udo Steinbach und Rüdiger Robert (Hrsg.), *Der Nahe und Mittlere Osten*, Opladen: Leske+Budrich, Band I, 255-263.

Schlinger, Karl, und Günter Schucher (2014), *Mission impossible! Gewerkschaften und Arbeitsfrieden in China*, GIGA Focus Asien, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Liebel, Manfred (2014), *Gewerkschaften anderer Art: Organisierte Kinder in Lateinamerika*, GIGA Focus Lateinamerika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Petra Brandt

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

